

Jonathan Steinberg

## **Der Börsenkrach von 1873 und das Wachsen des Antisemitismus**

Es war Frühling in Frankfurt am Main im Jahr 1956: Soldat Jonathan Steinberg, US Medical Corps, Nummer 51 358 776, stationiert im 97ten Militärlazarett Neubrücke an der Nahe, stieg zum ersten Mal aus einem Zug im Frankfurter Hauptbahnhof. Zu Fuß ging er die Kaiserstraße entlang, der Taunusanlage entgegen. Die Stadt lag noch in Trümmern und die Straßen um den Bahnhof wimmelten von amerikanischen Soldaten. Als er die Taunusanlage überquerte, verschwanden die Amerikaner. Er entdeckte zum ersten Mal Deutschland. In der Hand hielt er einen Brief von Frau Annemarie Hauck, der Witwe des verstorbenen Senior-Chefs des Bankhauses Georg Hauck & Sohn in der Neuen Mainzer Straße. Annemarie Hauck, eine Altsalemerin und Klassenkameradin von Anita Warburg, Tochter des großen Hamburger Bankiers Max Warburg, hatte ihn zum Wochenendbesuch eingeladen. Anita hatte an ihre deutschen Freundinnen und Freunde geschrieben, an Sophie Lousie von Hardenberg, Freifrau Juliane von Langwerth-Simmern, Golo Mann und Annemarie Hauck, und sie alle gebeten, den jungen amerikanischen Soldaten freundlich aufzunehmen. Anita war 1940 nach New York emigriert und hatte dem Sohn des mit ihr befreundeten New Yorker Rabbiners versprochen, ihn mit ihren Freunden bekannt zu machen.

*So fing meine Bekanntschaft mit dieser Stadt und dieser Nachbarschaft an. 57 Jahre später stehe ich nun wieder hier: In der ersten deutschen Stadt, die ich kennenlernte, in der Deutschen Bank, die von Juden gegründet wurde, in der Bank, für die ich einen Bericht über die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg geschrieben hatte. Zur aktuellen Ausstellung des Jüdischen Museums in Frankfurt „Juden. Geld. Eine Vorstellung“ soll ich nun eine Rede halten. Es schließt sich für mich ein geistiger Kreis, durch den über Jahrzehnte hinaus ein und dieselbe Frage sich stellte: was hieß es damals, als ich zuerst ins Nachkriegs-Deutschland kam und was heißt es gegenwärtig, Jude in Deutschland zu sein? Mein persönliches und geistiges Leben hat sich unter Heinrich Heines Sinnspruch entfaltet: ‘Denk ich an Deutschland in der Nacht, Dann bin ich um den Schlaf gebracht.’*

Ich muss den folgenden Personen herzlich dafür danken, dass ich diese Einladung bekommen habe – Frau Professorin Liliane Weisberg von der Universität Pennsylvania, die mich für diese Aufgabe vorschlug und meinen ehemaligen Studenten und Freund, Professor Dr. Raphael Gross, Direktor des Jüdischen Museums und Geschäftsführer der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, der mir die Einladung überreichte, über das Verhältnis zwischen Juden und dem Börsenkrach von 1873 zu reden. Und nun ans Werk. Was ist das Verhältnis zwischen dem Börsenkrach von 1873 und dem Anwachsen des Antisemitismus?

\* \* \*

Die erste moderne Bank- und Börsenkrise fing in der österreichisch-ungarischen Monarchie an. Philipp Charwarth beschreibt sie folgendermaßen:

„Zu größeren Kursverlusten kam es erstmals am 5. Mai 1873, als die Franko-Ungarische Bank mit Sitz in Pest, die zuvor der Star der Wiener Börse gewesen war, die Nachzahlung der noch ausstehenden Nominalen einforderte. Noch zwei Wochen davor hatte diese Bank eine Überdividende von 12,5 % versprochen. Dies löste eine erste Vertrauenskrise aus und brachte zahlreiche Anleger in Zahlungsschwierigkeiten. Am 9. Mai (einem Freitag), nur eine Woche nach Eröffnung der Weltausstellung, erreichten die Insolvenzen mit 120 eine bisher nicht gekannte Zahl an einem einzigen Tag, darunter das Bankhaus Mayersberg & Russow. Dadurch kam es zu dramatischen Kursverlusten; um 13 Uhr wurde die Börse polizeilich geschlossen. Dieser Tag ist auch als „Schwarzer Freitag“ in die Geschichte der Wiener Börse eingegangen.“<sup>1</sup>

Dieser Krach beendete eine sehr lange Periode des Wachstums und der Prosperität, die um 1850 herum begann und sich mit einigen Unterbrechungen durch kurze Depressionen stürmisch weiter fortsetzte bis zum Frühling 1873. Die mutmaßlichen Ursachen dieser langen Welle des Wachstums, die von 1850 bis 1873 dauerte, führen Wirtschaftshistoriker auf das Ausbreiten des Eisenbahnnetzes in Europa und in den Vereinigten Staaten mit der anschließenden Expansion der Eisen-, Kohle- und Stahlindustrien zurück.

Um 1870 wiesen die Börsen der entwickelten Länder Zeichen einer enormen Spekulation auf. Zwischen 1866 und 1873, in der Euphorie der Siege in den Einigungskriegen, war Deutschland vom langen Aufschwung seit 1849 ins letzte Stadium einer Spekulationsblase gegliedert. Wegen der Zahl der Firmengründungen wird die Phase des Nachkriegsbooms von 1870 bis 1873 „Gründerzeit“ genannt. Viele der neuen Unternehmen waren freilich kaum solider als die Collateralized Debt Obligations (CDO), den „besicherten Schuldverschreibungen“ von 2008. Aber in der Einigungseuphorie um 1870 wurden auch Unternehmen wie die Deutsche Bank gegründet. Die Börse erlebte einen enormen Aufschwung, da Frankreich innerhalb von vier Jahren die von den Siegern aufgezwungenen riesigen Reparationen zahlte; insgesamt die atemberaubende Summe von fünf Milliarden Goldfrancs. Nach heutigem Wert wäre dies eine Summe von mehr als 500 Milliarden Goldfrancs.<sup>2</sup>

Das kaiserliche Deutschland, ein halbentwickeltes Land mit chronischem Kapitalmangel, das plötzlich auf einer riesigen Liquiditätswelle schwamm, bot die idealen Voraussetzungen für eine Vermögensblase. Der daraus folgende Immobilienboom, die unverantwortliche

---

<sup>1</sup> Philipp Charwarth, *Der Untergang einer mittelmäßigen Macht, die Großmacht sein wollte. Ein Lesebuch* (Berlin-Kreuzberg: epubli, online books, 2011) S. 292

<sup>2</sup> <http://www.measuringwealth.com/index.html>.

Hypothekenvergabe, die durch künstlich niedrig gehaltene Kreditzinsen gestützten Unternehmen, der Betrug bei Banken und Börsenmaklern, das hektische Bestreben, über Nacht reich zu werden: all dies war in den ersten Jahren des vereinigten Deutschen Reichs in nahezu gleicher Weise zu beobachten wie im vergangenen Jahrzehnt in den Vereinigten Staaten und anderswo. Arthur von Brauer, ein junger Rechtsanwalt aus Baden, der 1872 nach Berlin zog und als Korpsbruder des Reichskanzlers rasch im Auswärtigen Dienst aufsteigen konnte, beschrieb die Reichshauptstadt in seinen Erinnerungen als von „Gold- und Profithunger“ ergriffenen Ort. Selbst „ein großer Teil des bisher so soliden preußischen Beamten- und Offizierstandes beteiligte sich ohne Gewissensregung am Tanz ums goldene Kalb. Schwindler erwarben in wenigen Tagen große Vermögen. Alles spielte an der Börse, vom Fürsten bis zum Handwerker. Überall herrschte aufdringliche, unvornehme Üppigkeit.“<sup>3</sup>

In den Vereinigten Staaten wurden 15-20% allen Kapitals in Eisenbahninvestitionen und Aktien angelegt. Im Jahre 1873 schrieb der Schriftsteller Matthew Hale Smith in seinem Buch über die Wall Street:

“The financial barometer is the most subtle thing in the land. Nothing is so sensitive. Old probabilities cannot predict, with half the accuracy, the coming storm. There is something in the very air which men of forecast feel. Six months ago men were saying ‘This thing can’t last; this wild speculation will lead to ruin.’”<sup>4</sup>

Im Gegensatz zur heutigen fast totalen Vernetzung aller Weltmärkte und Geldtransaktionen, die in Nanosekunden Unsummen hin- und herschieben kann, kam der New Yorker Börsen-Krach mit einer zeitlichen Verzögerung erst im Herbst an. Am 8. September 1873 erklärte sich die New York Warehouse and Security Company zahlungsunfähig. Am 13. September konnte Kenyon, Cox, & Co die Sicherheit für ein Darlehen auf eine Eisenbahninvestition nicht leisten und musste Zahlungen suspendieren. Am 18. September erklärte sich Jay Cooke & Co, die drittgrößte Maklerfirma in New York, pleite. 20.000 Wall Street Investoren hatten alles verloren und die Geldverluste wurden auf über 20 Millionen Dollar geschätzt. Die Wirtschaft stürzte zusammen, Preise fielen um 25% und die Gesamtproduktion um 5%.

In Deutschland war der Zusammenbruch der industriellen Produktion noch viel schlimmer. August Sartorius von Waltershausen, dessen umfangreiche Studie über die deutsche Wirtschaft im 19. Jahrhundert immer noch Respekt einflößt, nennt erstaunliche Zahlen, die belegen, wie einschneidend und anhaltend der Zusammenbruch war. So waren die 444 größten börsennotierten Unternehmen, die 1872 einen Nominalwert von 1,209 Milliarden Talern besessen hatten, fünf Jahre später – 1879 – nur noch rund 400 Millionen wert; die Industriepreise

---

<sup>3</sup> Willy Andreas, „Brauer, Karl Ludwig Wilhelm Arthur von“, in: *NDB* 2 (1955), S. 543 f., <http://www.deutsche-biographie.de/pnd116414995.html>.

<sup>4</sup> Matthew Hale Smith, *Bulls and Bears of New York with the Crisis of 1873, and the Cause*, 1874, S. 555-556

waren in den Keller gesackt: westfälisches Eisen sank von 120 auf 42 Mark pro Tonne, Schienen und Bessemerstahl von 366 auf 128 und Stabeisen von 270 auf 122.<sup>5</sup> Sartorius bezeichnet das Jahr 1879 als den Tiefpunkt der Krisenzeit. Dies führte unvermeidlicherweise zu einem Überlebenskampf in der Schwerindustrie, wo aufgrund der massiven Investitionen, die für die Errichtung einer Eisengießerei oder einer Bessemer-Stahlfabrik nötig waren, erhebliche Fixkosten entstanden, bevor auch nur eine Eisenstange oder eine Tonne Stahl verkauft worden war. Diese Kosten wogen umso schwerer, als die Preise sanken, weil die Konkurrenz sie immer tiefer drückte. Erhebliche Fixkosten zwangen daher sogar größere Unternehmen zum Zusammenschluss, um die ruinöse Konkurrenz auszuschalten und die reduzierbaren Grenzkosten zu vermindern.

Hans Rosenberg hat in seinem Standardwerk *Große Depression und Bismarckzeit* von 1967 auch die Wechselwirkung zwischen ökonomischem Wandel und dem, was man heute Mentalität nennt, untersucht. Dabei bemerkte er eine grundlegende Veränderung des Antisemitismus:

„Im Verlauf der Trendperiode von 1873 bis 1896 vollzog sich im Charakter, in der Intensität und in der Funktion des Antisemitismus ein revolutionärer Wechsel ... in der numerischen Zunahme, qualitativen Umbildung und sozialen Fixierung des *wirtschaftlichen* Antisemitismus, in der Entstehung des *Rassenantisemitismus* und in dem Aufkommen des *politischen* Antisemitismus ... So war die Trendperiode der Großen Depression für den modernen Antisemitismus die große Gründer- und seine erste Hochschwungepoche. ...“<sup>6</sup>

Dies manifestierte sich auch in der Entstehung einer neuen literarischen Gattung – von journalistischen Artikeln bis zu Romanen über Finanzskandale traten nun Juden als Schurken auf. 1874 veröffentlichte die *Gartenlaube*, mit ihrer Auflage von einer halben Million die größte Familienzeitschrift – so hieß diese Gattung – in Deutschland, das erste Beispiel dieses neuen Genres mit einem antisemitischen Artikel, der von Otto Glagau verfasst worden war: „Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin“. Der lebendig geschriebene, mehrteilige Artikel begann mit der bekannten Klage: „Speculation und Schwindel sind die beiden Mächte, die heute auf dem Throne der Welt sitzen, unter deren Herrschaft die civilisirte Menschheit seufzt und stöhnt, siecht und verkümmert.“ Die Nationalökonomien würden den Wechsel von Auf- und Abschwung als „nothwendiges Uebel“ betrachten, doch die Krise sei zum großen Teil das Werk von Schwindlern und Betrügnern. Der glänzende „Komet“ am „Himmel der Spekulation“ sei Bethel Henry Strousberg, „ein Sohn des auserwählten Volks und gebürtig aus dem polnischen Ostpreußen, da, wo Fuchs und Wolf sich ‚Gute Nacht!‘ sagen“. Es folgte eine Darstellung des Zusammenbruchs von Strousbergs rumänischer Eisenbahngesellschaft, die er 1868 zusammen mit einem Konsortium gegründet hatte, dem der

---

<sup>5</sup> Sartorius von Waltershausen, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 1815-1914*, S. 286.

<sup>6</sup> Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit*, S. 55.

Herzog von Ratibor, der Herzog von Ujest und ein Graf Lehndorff angehörten. Durch die Ausgabe von Obligationen mit einem Zinssatz von 7,5 Prozent hatte man dafür ein Kapital von rund 65 Millionen Talern aufgebracht. Die Papiere waren zum Kurs von 71 Talern an die Börse gekommen, beim Zusammenbruch Anfang 1871 aber nur noch 40 Taler wert. Glagau beschrieb Strousberg als Anti-Herkules, denn „Strousberg, der Semite, ... füllte und hinterließ uns einen solchen Stall, einen Augias-Stall von Unrath und Verderbniß“.<sup>7</sup> Zusammen mit weiteren antisemitischen Texten aus seiner Feder erschien die Artikelserie 1876/77 auch als Buch (in zwei Bänden). Das Wort „Antisemitismus“ übrigens stammt von Wilhelm Marr, der es in seinem 1878 geschriebenen und 1879 veröffentlichten Pamphlet *Der Sieg des Judentums über das Deutschtum* benutzte.<sup>8</sup>

Am 17. März 1879 beklagte sich der Bismarck-Verehrer Heinrich von Treitschke bei seinem Professorenkollegen, dem evangelischen Theologen Franz Overbeck, über die Juden: „Manchmal fällt es mir schwer auf die Seele, wie sehr der Charakter unseres Volkes durch seine Judenpresse verderbt worden ist. Wo ist, außer Moltke, auch nur ein einziger Name bei uns, den diese semitische Schamlosigkeit nicht bespöien und besudelt hätte?“<sup>9</sup> Am 15. November veröffentlichte er in den von ihm herausgegebenen einflussreichen *Preußischen Jahrbüchern* einen Artikel mit dem Titel „Unsere Ansichten“, in dem er die Rolle von Juden im öffentlichen Leben in Deutschland und ihren Anteil an der Wirtschaftskrise seit 1873 geißelte. Theodor Mommsen hat mit Recht dazu angemerkt: „Was er sagte, war damit anständig gemacht ...“<sup>10</sup> Denn hier sprach der unvergleichliche Treitschke, der berühmteste, erfolgreichste und beliebteste Historiker seiner Zeit, ein geachtetes Reichstagsmitglied, ein beliebter Dichter und Kritiker sowie Herausgeber der bedeutendsten intellektuellen und politischen Monatszeitschrift in deutscher Sprache. Treitschke repräsentierte die liberale geistige Führungsschicht, und seine Attacke prägte die gesamte Debatte.

Die „Ansichten“ sind ein langer Leitartikel, in dem Treitschke zunächst seine Meinung zur Außenpolitik, zum Bündnis mit Österreich, den Beziehungen zu Russland und der unsicheren Lage auf dem Balkan sowie zur Niederlage der Liberalen in der jüngsten Wahl in Preußen darlegte. Schließlich, nach zehn Seiten, verkündete er, wie in den Tiefen des Volkslebens „eine wunderbare, mächtige Erregung“ gäbe, mit einem Symptom, das als „leidenschaftliche Bewegung gegen das Judentum“ erscheine. Immerhin ist Treitschke kein Glagau oder Marr, kein Gossenschreiber, sondern ein Grandsigneur, ein kultivierter Mann und Historiker, der unvoreingenommen urteilen konnte. So räumte er ein, dass die in Frankreich und England lebenden zumeist spanischen Juden keine Probleme verursachen würden. Deutschland dagegen,

<sup>7</sup> Glagau, »Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin. I. Zur Einleitung«, in: *Die Gartenlaube* 49/1874, S. 788-790.

<sup>8</sup> Uwe Puschner, „Marr, Wilhelm“, in: *NDB* 16 (1990), S. 247-249, <http://www.deutsche-biographie.de/pnd119024888.html>.

<sup>9</sup> Heinrich von Treitschke an Franz Overbeck, 17. März 1879, zit. in Herman von Petersdorff, „Treitschke, Heinrich“, in: *ADB* 55 (1910), S. 263—326, <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118623761.html>.

<sup>10</sup> Mommsen, „Auch ein Wort über unser Judentum“, S. 419.

fuhr er fort, habe es mit den polnischen Juden zu tun, deren Verhalten freilich, wie er eingestehen musste, historische Ursachen habe. Die Juden sollten Deutsche werden, fordert er. Gleichzeitig aber griff er nicht nur die neu Zugewanderten an, sondern auch die gebildeten deutschsprachigen Juden. In seinen Augen am gefährlichsten war „das unbillige Uebergewicht des Judenthums in der Tagespresse ... Zehn Jahre lang wurde die öffentliche Meinung in vielen deutschen Städten zumeist durch jüdische Federn ‚gemacht‘; es war ein Unglück für die liberale Partei und einer der Gründe ihres Verfalls, daß gerade ihre Presse dem Judenthum einen viel zu großen Spielraum gewährte.“ Selbstverständlich hätten die Deutschen den cleveren Juden viel zu verdanken, aber sie hätten einen zynischen, gewitzten Ton eingeführt, dem es an „Ehrfurcht“ fehle, und der zum Niedergang der gesellschaftlichen Moral beigetragen hatte. Ihre „Schmähungen und Witzeleien gegen das Christenthum“ seien „schlechthin empörend“. „Ueberblickt man alle diese Verhältnisse“, resümiert Treitschke, „so erscheint die laute [antisemitische] Agitation des Augenblicks doch nur als eine [zwar] brutale und gehässige, aber natürliche Reaction des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element, das in unserem Leben einen allzu breiten Raum eingenommen hat.“<sup>11</sup>

Damit hatte der Antisemitismus die Höhen des Establishments erreicht, und bald sollte er auch in den Hochadel und an den Hof vordringen, als der Hofprediger Adolf Stoecker gegen Juden und jüdischen Einfluss zu predigen begann. Zu seinen Anhängern gehörte der junge Prinz Wilhelm, der spätere Kaiser Wilhelm II. Auch Alfred Graf von Waldersee, dem es in den 1870er Jahren durch Intrigen gelungen war, Moltkes Nachfolge anzutreten, stand unter Stoeckers Einfluss. Der Hofprediger säte Zwietracht in der königlichen Familie und trug schließlich zum Sturz Bismarcks bei.

In der deutsch-jüdischen Gemeinde hatte all dies verheerende Auswirkungen. Der Schriftsteller Berthold Auerbach dürfte bekannter gewesen sein als Treitschke; jedenfalls traf dies im Ausland zu. Er entstammte einer orthodoxen jüdischen Familie und wäre Rabbi geworden, wenn er nicht wegen revolutionärer Umtriebe eingekerkert worden wäre. So wurde er Journalist und Schriftsteller. Zwischen 1843 und 1854 veröffentlichte er die vier Bände seiner *Schwarzwälder Dorfgeschichten*, die, wie Fritz Martini schreibt, ein „unvergleichlicher Welterfolg“ wurden und ihn „neben G. Freytag zum populärsten deutschen Erzähler im 19. Jahrhundert“ machten.<sup>12</sup> Dieser patriotische, national gesinnte Schriftsteller war jüdischer Herkunft, und nun, als er schon hoch in den Sechzigern stand, musste er plötzlich feststellen, dass dies eine negative Rolle spielte. Im November 1879, eine Woche bevor Treitschkes Artikel erschien, schrieb er an seinen Bruder Jakob:

---

<sup>11</sup> Treitschke, „Unsere Ansichten“, S. 570-575.

<sup>12</sup> Fritz Martini, „Auerbach, Berthold“, in: *NDB* 1 (1953), S. 434 f., <http://www.deutsche-biographie.de/pnd11865103X.html>.

„Lasker ist nun in Breslau nicht einmal als Kandidat aufgestellt worden. Da spielt auch wieder die Judenhetze mit. Gestern stand im hiesigen Beobachter aus einer Breslauer Zeitung, dass die Juden in Häusern wohnen, die sie nicht selbst gebaut haben etc. Das ist Anreizung zu Mord und Raub, und das müssen wir noch miterleben.“<sup>13</sup>

Bismarck schwieg während der gesamten Krise. Es kam ihm zupass, dass der Antisemitismus die Stellung von Gegnern wie Eduard Lasker, dem jüdischen Angeordneten der Liberalen Partei, untergrub. Ludwig Windthorst, der Führer der katholischen Zentrums Partei, dagegen stellte ein ums andere Mal fest, daß der Antisemitismus zu verurteilen sei. Im Reichstag forderte er am 16. April 1880 gleiche Rechte und gleichen Schutz für alle:

„Ich werde das Recht, das ich für die Katholiken und für die katholische Kirche und deren Diener in Anspruch nehme, jederzeit vertreten auch bei den Protestanten und nicht minder bei den Juden. Ich will eben das *Recht* für Alle.“<sup>14</sup>

Die Juden versuchten dem zunehmenden Druck mit zwei Strategien zu begegnen. Am 18. Juni 1880 schrieb Gerson Bleichröder, der Bankier von Bismarck, an Wilhelm I. persönlich:

„Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät hohen landesväterlichen Schutz wage ich anzurufen für mich, aber nicht für mich allein, sondern für eine ganze Klasse treuer Unterthanen Eurer Majestät und gewiß nicht unnützer Bürger des Staats ... Der erbitterte Kampf gegen die Juden hat sich in gewissen Kreisen zu einem sozialen Kampf gegen das Capital erweitert ... Mein Name ist jetzt im Munde aller christlich-sozialen Agitatoren; er wird nicht nur der Verfolgung als Ziel vorgesetzt, sondern soll auch zu einem Prototyp des Kapitals der Börse, aller Wohlhabenheit, und alles Verwerflichen gestempelt werden ... [Dies ist] nur der Anfang des Unglücks einer furchtbaren sozialen Revolution ...“<sup>15</sup>

Bleichröders Ansicht, dass der Antisemitismus eine Revolte der Besitzlosen gegen den Besitz darstelle, hatte einen realen Kern. Aber den politischen Aspekt sah er nicht: der Antisemitismus war die Abwehrreaktion einer zutiefst konservativen Gesellschaft gegen den Liberalismus. August Reichensperger berichtet in seinen Memoiren zum Beispiel, dass die meisten katholischen Abgeordneten sich damals danach drängten, an der antisemitischen Kampagne teilzunehmen. Sie wären Windthorst wohl kaum willig gefolgt mit seinem Verlangen nach gleichen Rechten für alle. Die Gefahr war also viel größer.

Am 20. November 1880 kam die antisemitische Agitation im preußischen Abgeordnetenhaus zur Sprache. Im Namen der Fortschrittspartei hatte Albert Hänel den Innenminister gefragt, wie die

---

<sup>13</sup> Berthold Auerbach an Jakob Auerbach, 8. November 1879, zit. in Schuder, *Der „Fremdling aus dem Osten“*, S. 185.

<sup>14</sup> Zit. in Anderson, *Windthorst*, S. 256.

<sup>15</sup> Zit. in Stern, *Gold und Eisen*, S. 707.

preußische Regierung zum Antrag der Antisemiten stehe. Ludwig Pastor schreibt über das Ereignis, August Reichensperger zitierend:

„Das bemerkenswerteste parlamentarische Begebniß war zunächst die durch eine Interpellation Hänel's hervorgerufene große Judendebatte (20. und 22. November [1880]). In der Centrumsfraction war es anläßlich der Judenfrage zu sehr erregten Erörterungen gekommen ,zwischen dem judenfreundlichen Windthorst und der großen Majorität der Fraction, die scharf losgezogen wissen wollte ... Windthorst stand fast allein mit der Ansicht, das Centrum solle sich möglichst neutral verhalten ... Die Debatte im Hause fiel gar sehr zum Nachtheil des Judenthums und der Fortschrittspartei aus, deren Phrasen sich stets gegen sie als Culturkämpfer wendeten. Die Antisemitenagitation geht seitdem weit stärker weiter.“<sup>16</sup>

Berthold Auerbach, der als Zuhörer den Schluss der Debatte verfolgt hatte, notierte anschließend: „Vergebens gelebt und gearbeitet ... das Bewußtsein, was noch in deutschen Menschen gehegt wird und was unversehens explodieren kann, das ist untilgbar.“<sup>17</sup>

Der portugiesische Romancier José Maria Eça de Queiroz, der damals in Berlin weilte, war entsetzt über die Reaktion der Regierung:

„Sie überlässt die jüdische Kolonie schutzlos dem Unwillen der deutschen Bevölkerung – und wäscht die ministeriellen Hände in Unschuld wie Pontius Pilatus. Sie stellt nicht einmal fest, sie wolle darauf achten, dass die Juden, also Bürger des Reichs, schützenden Gesetze beachtet werden; sie hat lediglich die Absicht, vage wie ein Morgenwölkchen, sie *im Augenblick* nicht zu ändern.“<sup>18</sup>

Am 9. November 1880 schrieb Ludwig Bamberger, der 1870 zu den Gründern der Deutschen Bank gehörte, an seine Schwiegermutter Henriette Belmont:

„Vom Antisemitismus schreibe ich nichts. Die Zeitungen sind zu voll. Das Charakteristikum ist, daß das Volk ganz unbeteiligt ist. Es ist der Haß und Neid der Gebildeten, Professoren, Juristen, Pastoren und Leutnants, stimuliert vom Geist der Reaktion und Rohheit von oben.“<sup>19</sup>

In der Silvesternacht 1880 zogen die Besucher einer antisemitischen Versammlung vor Berliner Cafés und zertrümmerten mit dem Ruf „Juden raus!“ die Fensterscheiben.<sup>20</sup> Als der Landtag am 12. Januar wieder zusammentrat, brachte der glänzende liberale Debattenredner Eugen Richter,

---

<sup>16</sup> Pastor, *August Reichensperger*, Bd. 2, S. 191.

<sup>17</sup> Zit. in Schuder, *Der „Fremdling aus dem Osten“*, S. 196.

<sup>18</sup> Zit. in Stern, *Gold und Eisen*, S. 715 f.

<sup>19</sup> Ludwig Bamberger an Henriette Belmont, 9. November 1880, zit. in Koehler, *Ludwig Bamberger*, S. 231 f.

<sup>20</sup> Koehler, *Ludwig Bamberger*, S. 231.



den Bismarck genauso hasste wie „diesen Judenjungen Lasker und seinen Anhang, diese theoretischen Redner“,<sup>21</sup> den Reichskanzler mit der antisemitischen Agitation in Verbindung:

„Die Bewegung fängt an, sich an die Rockschoße des Fürsten Bismarck zu hängen, und wenn er sie gleich ablehnt und in seiner Presse die Überschreitungen mitunter tadeln lässt, so fährt sie doch fort, sich an ihn anzuschmiegen und auf ihn zu berufen, gleichsam wie lärmende Kinder ihren Vater umdrängen.“<sup>22</sup>

Dies traf vollauf zu. Die „Judendebatte“ spiegelte das negative Vorurteil wider, das Bismarck gegen Intellektuelle, gegen Menschen wie Lasker hegte, die auf Bürgerrechten und dem Schutz vor dem Staat und Diktatoren wie Bismarck bestanden. Im November 1880 schrieb Bismarck dem reaktionären Innenminister von Puttkamer, die Interessen des „Geldjudentums“ seien „mit der Erhaltung unserer Staatseinrichtungen verknüpft, und können der letzteren nicht entbehren“, während das „besitzlose Judentum ... sich jeder Opposition anschließt“.<sup>23</sup> Mit anderen Worten, wie Fritz Stern, resümiert, „reiche Juden sind brauchbar und konservativ, gewöhnliche haben die Neigung, radikal und subversiv zu sein“ und sind zu unterdrücken.<sup>24</sup>

Der Börsenkrach und die darauffolgende Depression erschütterten den Glauben an Freihandel und freie Marktwirtschaft. Die bedrohten Sektoren der Wirtschaft verlangten Schutzzölle, welche die Liberalen nicht akzeptieren konnten. Selbst unter den Akademikern fand ein fundamentaler Umschwung der Werte statt. Im neugegründeten *Verein für Sozialpolitik* war man zur Überzeugung gekommen, über Manchestertum und Freihandel sei die Zeit hinweggegangen. Im Jahre 1879 beschloss die Generalversammlung des *Vereins für Sozialpolitik* nach einer heftigen Debatte, Schutzzölle zu empfehlen. Damit war der intellektuelle Weg frei für die große Wende vom Liberalismus zu Protektionismus.<sup>25</sup>

Bismarck benutzte die allgemeine Empörung über Strousberg und sein „System“, also Finanzierung der Eisenbahnen mit privatem Kapital, um die sogenannte „Ordnungspolitische Wende“ von 1879 zu vollziehen. Er hatte lange versucht, die Staatsfinanzen aus den Händen des Parlaments zu reißen und selbständige Einkommensquellen für sein Budget zu schaffen. Jetzt sah er die Möglichkeit dazu, wie Uwe Müller in einem Beitrag zum gerade erschienenen Sammelband *Bismarck und die Wirtschaft* schreibt:

---

<sup>21</sup> Zit. in Pulzer, *Jews and the German State*, S. 97.

<sup>22</sup> Zit. in Schuder, *Der „Fremdling aus dem Osten“*, S. 197.

<sup>23</sup> Bismarck an Robert von Puttkamer, 16. Oktober 1880, in: *GW*, Bd. 6c, S. 199.

<sup>24</sup> Stern, *Gold und Eisen*, S. 710.

<sup>25</sup> Ewald Frie, „Verein für Sozialpolitik, Kathedersozialisten und die Wirtschaftspolitik in Bismarckreich“, in: Michael Epkenhans und von Ulrich Hehl (Hrsg), *Otto von Bismarck und die Wirtschaft* (Paderborn, München, Wien, Zürich:Ferdinand Schöningh, 2013, pp. 48f

„Dies führte dazu, dass im Jahre 1879 eine Verstaatlichung der wichtigsten preußischen Privatbahngesellschaften eingeleitet und innerhalb weniger Jahre realisiert wurde... Die Königlich Preußischen Staatsbahnen entwickelten sich – zumindest hinsichtlich der Beschäftigtenzahl – zum größten Unternehmen der Welt und ihre Gewinne bildeten eine unverzichtbare Einnahmequelle für den preußischen Staatshaushalt.“<sup>26</sup>

Damit war deutscher Liberalismus eine Ideologie einer immer kleiner werdenden, oft jüdischen Minderheit geworden und die Konsequenzen dieser Niederlage müssen wir jetzt zum Schluss betrachten.

\* \* \*

Wie Harold James in seiner Einführung zur Edition der Briefe von Georg Solmssen schrieb (gerade herausgegeben von unserem Gastgeber, der Historischen Gesellschaft der Deutschen Bank): „Solmssen wollte von Deutschland, nicht von Gott, gesegnet werden, und Deutschland wies ihn zurück.“<sup>27</sup> Warum? Warum konnten selbst die assimilierten, getauften, patriotischen, konservativsten Juden nie Deutsche werden?

Ein Teil der Antwort hängt zusammen mit dem eben erwähnten Schicksal des deutschen Liberalismus. Der politische Liberalismus hatte nie die Oberhand in der preußischen oder deutschen Politik gewonnen. Dafür hatte Otto von Bismarck systematisch gesorgt. Er sah im Liberalismus den gefährlichsten Gegner seiner halb-autokratischen Verfassung des neuen Reiches. Er wollte sich an den Liberalen rächen, wie ein Brief offenbart, den er am 4. August 1879 an König Ludwig II. von Bayern schrieb:

„[D]ie Brandreden an die Adresse der besitzlosen Classen von Lasker und Richter haben die revolutionäre Tendenz dieser Abgeordneten so klar und nackt hingestellt, daß für Anhänger der monarchischen Regierungsform keine politische Gemeinschaft mehr mit ihnen möglich ist ... Es sind die studirten und hochgebildeten Herren, ohne Besitz, ohne Industrie, ohne Erwerb ... Diese Herren sind es, welche das revolutionäre Ferment liefern und die fortschrittliche und nationalliberale Fraction beherrschen und die Presse leiten. Die Sprengung ihrer Fraction ist nach meinem unterthänigsten Dafürhalten eine wesentliche Aufgabe der erhaltenden Politik ...“<sup>28</sup>

---

<sup>26</sup> Uwe Müller, „Otto von Bismarck und die Infrastrukturpolitik in Ostelbien vor und nach der ‘ordnungspolitischen Wende’ von 1879“, in: Michael Epkenhans und von Ulrich Hehl (Hrsg.), *Otto von Bismarck und die Wirtschaft*, S. 124

<sup>27</sup> James Harold und Martin L. Müller (Hrsg.), Georg Solmssen. Ein deutscher Bankier. Briefe aus einem halben Jahrhundert 1900-1956. herausgegeben von der Historischen Gesellschaft der Deutschen Bank, (= Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte Band 25), München: Verlag C.H. Beck, 2012, S. 17

<sup>28</sup> Bismarck an Ludwig II. von Bayern, 4. August 1879, in Bismarck, *NFA*, Bd. 4, 4, S. 125 f.

Die Liberalen verlangten den grundlegenden Schutz der Rechtsstaatlichkeit, der Rede-, Presse- und Religionsfreiheit sowie der Freiheit von Forschung und Lehre – alles Freiheiten, die von der preußischen Verfassung von 1850 garantiert und von Bismarck, der sie nicht in die Reichsverfassung von 1870 aufgenommen hatte, rücksichtslos untergraben und missachtet wurden. Wer diese Rechte einforderte, machte sich in seinen Augen revolutionärer Tendenzen schuldig – nicht gegen die „monarchische Regierungsform“, sondern gegen die Tyrannei Otto von Bismarcks.

Am 19. Januar 1879 sprach sich Reichstagspräsident Forckenbeck in einem Brief an Franz Freiherr Schenk von Stauffenberg, dem Führer der bayerischen Liberalen, über seine Sorgen aus. Forckenbeck und Stauffenberg waren die beiden Politiker, die Bismarcks in Bismarcks Kabinett hatte mitbringen wollen. Dem Kanzler waren beide viel zu liberal; Forckenbeck stuft er als „dunkelrot“ ein.<sup>1</sup> In seinem Brief fasste dieser die sich vollziehenden Veränderungen zusammen:

„Das System Bismarck entwickelt sich mit furchtbarer Schnelligkeit so, wie ich es immer fürchtete. Allgemeine Wehrpflicht, ungemessene und überreichliche Steuern, ein disziplinierter und herabgewürdigter Reichstag und eine durch den Kampf aller Interessen verdorbene und daher ohnmächtige öffentliche Meinung, das ist allerdings die Politik der Machtlosigkeit der Völker, der Untergang jeder konstitutionell freiheitlichen Entwicklung, gleichzeitig aber eine furchtbare Gefahr für das ganze Reich und das junge Kaisertum. Ist nun die nationalliberale Partei mit ihrer jetzigen Politik, mit ihrem jetzigen Programm und ihrer jetzigen Zusammensetzung ein geeignetes Instrument, um solchen Gefahren entgegen zu treten? Werden wir nicht noch von Etappe zu Etappe tiefer in den Sumpf geführt? Wird nicht reine Opposition zur Pflicht?“<sup>29</sup>

Es hat nichts geholfen: Die liberalen Parteien, die in den Wahlen vom 3. März 1871 mit 46.15% der Stimmen im ersten deutschen Reichstag repräsentiert war, schrumpften auf weniger als 2% in den Wahlen von 31. Juli 1932 zusammen. Zwei Kriege, eine wilde Inflation gefolgt von einer verheerenden Depression mit kolossaler Arbeitslosigkeit zerstörten die Hoffnungen auf eine liberale deutsche Politik und eine liberale Marktwirtschaft. Aber Juden konnten nur unter einer liberalen Ordnung auf volle Rechte und Gleichheit hoffen. Sie waren auf die Toleranz eines liberalen politischen Systems angewiesen – das hatte die bisherige Geschichte in Deutschland und Europa gelehrt.

Hinzu kam die Rolle des preußischen Adels. Wir sprechen nicht von einer adligen Schicht, so wie sie in Schweden oder Spanien existierte. Die Bismarcks gehörten zu dem einflussreichsten, geschichtsträchtigsten, adligen Stand in ganz Europa – dem preußischen Junkertum. Dieser Adel

---

<sup>29</sup> Max von Forckenbeck an Franz Schenk von Stauffenberg, 19. Januar 1879, zit. in Pflanze, *Bismarck*, Bd. 2, S. 201.

hat enorme geschichtliche Schuld auf sich geladen, weil er sich absolut unwillig zeigte, die geringste Änderung seiner Privilegien hinzunehmen. Hier möchte ich als Zeugen Professor Rudolf von Thadden-Trieglaff aufrufen und aus seiner 2010 erschienenen Geschichte seiner eigenen Junkerfamilie zitieren. Die Thadden-Trieglaffs gehörten zum engsten Freundeskreis Otto von Bismarcks und spielten eine wichtige Rolle in seiner politischen Laufbahn. Rudolf von Thadden-Trieglaff beurteilt die historische Rolle seiner Klasse nicht sehr positiv. Ich führe ein bemerkenswertes Beispiel an. 1911 ergab sich folgendes:

„Der einzige Sohn des angesehenen Landrats Adolf von Thadden, Reinold, der künftige Erbe Trieglaffs, verweigerte die Herausforderung zu einem Duell. Er verwarf die Konvention ... bedingungslos von Gewissensgründen... Wer als Angehöriger des preußischen Adels ein Duell verweigerte, galt als Drückeberger, als Feigling. Er beging gesellschaftlichen Selbstmord ... Reinold von Thadden konnte nicht Offizier werden ... Darauf richtete sein Vater, der staatstreue Landrat, ein Immediatgesuch an den Kaiser. Er sammelte Unterschriften einflussreicher Freunde und fuhr persönlich ins Große Hauptquartier nach Charleville. Dort gelang es ihm den Chef des Zivilkabinetts, Rudolf von Valentini, zu sprechen und schließlich zum Reichskanzler Bethmann Hollweg vorzudringen...“<sup>30</sup>

Am 22.1.1915 schrieb der Chef des Militärkabinetts, General von Lynckner, dem Landrat Adolf von Thadden-Trieglaff aus dem Großen Hauptquartier. Ich zitiere:

„Seine Majestät der Kaiser und König haben sich auf Euer Hochwohlgeboren Immediatgesuch dahin auszusprechen geruht, dass Allerhöchstderselben an dem Grundsatz festhalten müssten, die Beförderung zum Offizier nur auf Grund vorangegangener Wahl durch das Offizierskorps eintreten zu lassen ... Seine Majestät haben deshalb die Versetzung ihres Sohnes in das [mecklenburgische] Dragoner-Regiment Nr. 17 angeordnet, wo er einer erneuten Beurteilung unterzogen werden wird.“<sup>31</sup>

Rudolf von Thadden schließt wie folgt: „Das Deutsche Reich bot also Möglichkeiten, die die alte preußische Monarchie nicht zu ergreifen wagte! Mit einem Drei-Klassen-Wahlrecht im Rücken schien nicht einmal der Kaiser die Macht zu haben, sinnvolle Änderungen dem eigenen Militär gegenüber durchzusetzen.“<sup>32</sup>

---

<sup>30</sup> Rudolf von Thadden-Trieglaff, *Trieglaff. Eine Pommersche Lebenswelt zwischen Kirche und Politik 1807-1948* (Göttingen: Wallstein Verlag, 2010) s. 130ff

<sup>31</sup> *Ibid.* S. 139

<sup>32</sup> *Ibid.* S. 139

Die absolute Unbeweglichkeit des alten preußischen Adels machte eine sinnvolle Innenpolitik im Weltkrieg schier unmöglich. Die Schwester von Reinold, Elizabeth von Thadden, die 1944 in Plötzensee von der SS ermordet wurde, sah die Notwendigkeit voraus, das Drei-Klassen-Wahlrecht abzuschaffen. In einem Brief von 27. März 1915 schrieb sie:

„Da müssen wir halt auch opfern, wenn man auch nicht sagen kann für's Vaterland, dann doch für uns, um uns eingefleischten Junker von Dingen, die uns noch zu wichtig erscheinen, frei zu machen.“<sup>33</sup>

Davon war natürlich keine Rede. 1917, nach der sogenannten Aprilbotschaft verlor Kanzler Bethmann Hollweg sein Amt, weil das Junkertum selbst dem Wunsch des Kaisers, das Drei-Klassen-Wahlrecht im Zug eines totalen Volkskrieges etwas zu lockern, nicht entsprechen wollte. Die Junker verteidigten ihr Privileg bis zum Ende der Monarchie und in der Weimarer Republik trauerten sie den Überresten nach. Die adelige Kaste lehnte mit ihren eisernen Verhaltensregeln jeden Kompromiss mit der neuen Massengesellschaft ab.

Natürlich gibt es keine direkte Kausalkette zwischen 1880 und 1933 aber der Antisemitismus wurde durch den Horror des Ersten Weltkrieges geschürt. Adolf Wild von Hohenborn, vom 21. Januar 1915 bis zum 29. Oktober 1916 preußischer Kriegsminister, inszenierte den berüchtigten Erlass zur Judenzählung vom 11. Oktober 1916, der beweisen sollte, dass Juden an der Front unterrepräsentiert seien. Er bewies das Gegenteil und wurde als Beweismittel unterschlagen. Im Juli 1918 schrieb Oberstleutnant Max Hermann Bauer vom Generalstab, man müsse den Juden, die als Drückeberger und Schwarzmarkthändler bekannt waren, die Schuld am verlorenen Krieg geben; eine Absicht, die zur selben Zeit von Heinrich Claas, dem Führer des Alldeutschen Verbands vertreten wurde und natürlich auch von Hitler 1919 aufgegriffen wurde. Hyperinflation, tiefe Depression, Reparationsverpflichtungen, Straßenschlachten und Kriegsschuldflüge untergruben die Weimarer Republik und heizten den Antisemitismus an.

Von 1812 bis 1933 verkörperten Juden flüssiges Kapital, Beweglichkeit, Wucher, Großhandel, Börsen und freie Märkte, somit all jene Aspekte der Modernität, die den Adel, die Bauern und Handwerker hassten und fürchteten. In seiner Biographie über Ludwig von der Marwitz fasste Ewald Frie die Tendenzen zusammen, die Handwerker, Bauern und Adel gegen Juden verbanden: Die Juden waren das „Symbol der nachständischen Unübersichtlichkeit ..., geschichtslos-modern, heimatlos, kapital- und gewinnorientiert, revolutionär“. Der „scharf formulierte Antijudaismus“ war „im Kern ein Antimodernismus“.<sup>34</sup>

Juden wurden nie als völlig Deutsch angesehen oder gar akzeptiert. Dieses Schicksal der Klassifizierung als einer abzulehnenden Minderheit und als Außenseiter verbindet die Juden mit

---

<sup>33</sup> Ibid. S. 141

<sup>34</sup> Frie, *Friedrich August Ludwig von der Marwitz*, S. 280.

Parsees, Ismailis, Ahmaddis, Quäkern und russischen Altgläubigen. Aber eine „Endlösung der Judenfrage“ war exklusiv für sie reserviert. Und die Deutschen ließen es geschehen. Es ist daher angebracht, dass ich meine Reflektionen hier beende mit einem Brief vom Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank, Georg Solmssen, den er am 9. April 1933, an seinen jahrzehntelangen Vorstandskollegen Franz Urbig adressierte. Zwei Tage bevor Solmssen den Brief schrieb war das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* in Kraft getreten, welches der Hitler-Regierung ermöglichte, jüdische Beamte aus dem Dienst zu entfernen:

„Die Ausstoßung der Juden aus dem Staatsdienst, die nunmehr durch Gesetz vollzogen ist, drängt die Frage auf, welche weiteren Folgen sich an diese, auch von dem gebildeten Teil des Volkes gleichsam als selbstverständlich hingenommenen Maßnahmen für die private Wirtschaft knüpfen werden. Ich fürchte, wir stehen erst am Anfange einer Entwicklung, welche zielbewußt, nach wohlangelegtem Plane auf die wirtschaftliche und moralische Vernichtung aller in Deutschland lebenden Angehörigen der jüdischen Rasse, und zwar völlige unterschiedslos, gerichtet ist. Die völlige Passivität der nicht zur nationalsozialistischen Partei gehörigen Klassen, der Mangel jeden Solidaritätsgefühls, der auf Seite [!] aller derer zu Tage tritt, die bisher in den fraglichen Berufen mit jüdischen Kollegen Schulter an Schulter gearbeitet haben, der immer deutlicher werdende Drang, aus dem Freiwerden von Posten selbst Nutzen zu ziehen und das Totschweigen der Schmach und des Schadens, die unheilbar allen denen zugefügt werden, die, obgleich schuldlos, von heute auf morgen die Grundlagen ihrer Ehre und Existenz vernichtet sehen – alles dieses zeigt eine so hoffnungslose Lage, dass es verfehlt wäre, den Dingen nicht ohne jeden Beschönigungs-Versuch in's Gesicht zu sehen.“<sup>35</sup>

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

JS  
19.8.2013

---

<sup>35</sup> Solmssen, *Briefe*, S. 11